



Ausschuss für Europa und Internationales

14. Sitzung (öffentlich)

3. November 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:06 Uhr bis 13:00 Uhr

Vorsitz: Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1 Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der EUREGIO (Präsentation s. Anlage 1)	6
– Grenzüberschreitender Arbeitsmarkt und grenzüberschreitendes Wirtschaften und Arbeiten in Zeiten des Fachkräftemangels	
– Energieversorgung, Energieinfrastruktur	
– Bildung	
2 Gespräch mit dem Leiter des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel und der Repräsentantin der NRW.Global Business in Israel zur aktuellen Situation in Israel	28

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024) 42

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000

Einzelplan 02
im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses
Vorlage 18/1429
Vorlage 18/1786

Vorlage 18/1763
(u. a. relevante Kapitel im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Europa und Internationales)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt über die Änderungsanträge der SPD-Fraktion zu Einzelplan 02 ab. Die Änderungsanträge sowie die Abstimmungsergebnisse sind Vorlage 18/1910 zu entnehmen.

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 02 – Zuständigkeit des Ausschusses – in nicht geänderter Form mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion zu.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD, die restliche Viertelstunde weiter zu beraten.

4 Den europäischen Katastrophenschutz durch NRW-Initiativen stärken – Nordrhein-Westfalen muss sein Schweigen brechen und weiter europäische Solidarität zeigen! 51

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/6365

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt, eine Anhörung zu dem Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 18/6365 durchzuführen.

5 Strom- und Energielieferung innerhalb der europäischen Grenzen (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2]*) **52**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1813

– Wortbeiträge

6 Anerkennungsverfahren von Berufsabschlüssen aus Drittstaaten (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3]*) **53**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1819

– Wortbeiträge

7 Einstein-Teleskop – Inhalt der Absichtserklärung (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 4]*) **54**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1826

– Wortbeiträge

8 Arbeit des EMRIC bei Überschwemmungen (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 5]*) **56**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1825

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/1825 zur Kenntnis.

9 Reisebericht Ungarn (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6]*) **57**

– keine Wortbeiträge

Die Beratung wird verschoben.

- 10 Aktueller Umsetzungsstand der Vereinbarungen NRWs mit ausländischen Staaten** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6]*) **58**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1828
- keine Wortbeiträge
- Die Beratung wird verschoben.
- 11 Missionen im Rahmen des EU-Forschungsförderprogramms Horizont Europa** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6]*) **59**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1820
- keine Wortbeiträge
- Die Beratung wird verschoben.
- 12 Überarbeitete Eine-Welt-Strategie der Landesregierung?** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6]*) **60**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1827
- keine Wortbeiträge
- Die Beratung wird verschoben.
- 13 Verschiedenes** **61**

3 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000

Einzelplan 02
im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses
Vorlage 18/1429
Vorlage 18/1786

Vorlage 18/1763
(u. a. relevante Kapitel im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Europa und Internationales)

– abschließende Beratung und Abstimmung

Vorsitzender Stefan Engstfeld merkt an, in der letzten Sitzung habe der Ausschuss den Einführungsbericht des Ministers zur Kenntnis genommen. Zwischenzeitlich seien acht Änderungsanträge der Fraktion der SPD eingereicht worden, die dem Ausschuss als Tischvorlage vorlägen.

Inge Blask (SPD) verweist auf die Änderungsanträge ihrer Fraktion (**vgl. Vorlage 18/1910**).

Der Antrag (**lfd. Nr. 1, Vorlage 18/1910**) zu **Kapitel 02 010 Ministerpräsident – Titelgruppe 64 – Internationale Angelegenheiten – Titel 526 64 – Ausgaben für Gutachten, Sachverständige, Werkverträge und Ähnliches** – ziele auf den Aufbau einer dauerhaften Repräsentanz von NRW im Vereinigten Königreich.

Mit den vorgeschlagenen 500.000 Euro solle auch die Finanzierung einer Projektstelle für den intensiveren Ausbau der Partnerschaft zwischen dem Regionalverband Ruhr und der Greater Manchester Combined Authority gesichert werden. Das sei dringend notwendig.

Bei einem zweiten Änderungsantrag zu **Kapitel 02 040 – Internationale Angelegenheiten – Titel 684 10 – Zuschüsse für die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit** – (**lfd. Nr. 6, Vorlage 18/1910**) gehe es um das Thema „Promotorinnen- und Promotorenprogramm“. Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit und die Bildungsarbeit hier in Nordrhein-Westfalen halte ihre Fraktion für sehr wichtig. Die Promotorinnen und Promotoren hätten berichtet, dass an der Stelle nicht komplett eingespart werden solle, sondern nur noch um die Hälfte. Da gehe es um 77.000 Euro, die fehlen würden. Wenn man genügend politischen Willen hätte, könnte man das Thema aus der Haushaltskürzung rausnehmen und die wirklich wertvolle Arbeit auch fortsetzen. Die anderen Anträge bitte sie nachzulesen.

Im zweiten Teil wolle sie auf die Beantwortung der Fragen durch das Ministerium eingehen, die ihre Fraktion gestellt habe. Eine Antwort betreffe das NRW-USA-Jahr.

Dafür seien 300.000 Euro in diesem Jahr eingeplant. Sie frage dezidiert, wofür genau das Budget vorgesehen sei, welche weiteren Aktivitäten in diesem Jahr noch geplant seien und was insgesamt strategisch konzeptionell mit der Investition erreicht werden solle. Auch die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern sowie Auszubildenden würde an der Stelle interessieren. Da wüsste sie gerne, ob die in dem NRW-USA-Jahr auch vorkomme.

Dann komme sie auf Frage 7 zu sprechen. Es würden Aktivitäten zum Thema „Europawahlen“ erwähnt, insbesondere, wie man junge Menschen für die Europawahl erreichen könne. Da wüsste sie gerne, welche Kanäle der Kommunikation geplant seien, wie junge Menschen überzeugt werden sollten und ob in diesem Zusammenhang auch eine Zusammenarbeit mit den Kommunen angedacht sei. Sie schlage vor, den Kommunen diese Materialien zur Verfügung stellen, damit das Ganze noch mehr in die Breite getragen werde.

Sie würde dann zu Frage 11 kommen. Da gehe es um das, was in der Vergangenheit gelaufen sei. Es seien 333 Interrail-Tickets vergeben worden. Es hätten neun Schulen an dem Projekt EU-Jugendbotschafter@school teilgenommen. 40 Auszubildende hätten am Projekt „Europa Erleben und Lernen“ in den Jahren 2022 und 2023 am Azubi- und Schülerforum teilgenommen. Wenn man die Einwohnerzahlen von Nordrhein-Westfalen sehe, seien das nicht sehr viele junge Menschen, die man erreicht habe. Sie frage, ob es da neue Konzepte gebe, was auf die Beine gestellt werden solle, um auch junge Menschen für das Friedensprojekt „Europa“ zu erreichen?

Vorsitzender Stefan Engstfeld bedankt sich. Er würde zunächst die Fragen vonseiten der Ausschussmitglieder sammeln und dann dem Minister das Wort geben wollen.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE) legt dar, der Haushalt 2024 sehe auf den ersten Blick schön aus – 7,2 Milliarden Euro mehr im Gesamtetat. Doch es sei nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick scheine. Man werde nicht aus vollen Händen schöpfen können, sondern es seien überall Einsparungen und Priorisierungen notwendig. Daher verwunderten auch die Änderungsanträge der SPD, 2 Millionen Euro mehr auszugeben, ohne zu schauen, wo denn die Gelder an anderer Stelle zurückgewonnen werden könnten.

Die Koalitionsfraktionen würden auch gerne mehr Geld ausgeben. Doch anders als in den Jahren vor 2021 sei das leider nicht mehr möglich, und zwar aus verschiedenen Gründen, auf die er an dieser Stelle nicht eingehen wolle. Leider schlugen sich die Einsparungen und Priorisierungen auch auf den Bereich Europa, Internationales, Eine Welt nieder.

Der Koalition sei es wichtig, dass man versuche, an gewachsenen Strukturen festzuhalten, den Haushalt zu konsolidieren, um gleichzeitig die wichtige Arbeit, die an vielen Stellen gemacht werde, weiter leisten zu können.

Frau Blask habe es angesprochen: Schmerzlich seien die Kürzungen, die im Eine-Welt-Bereich, im Promotorinnen-Programm vorgenommen worden seien. Die Eine-Welt-Promotorinnen und -Promotoren leisteten eine sehr wertvolle Arbeit, die nicht zu missen sei und die in der Eine-Welt-Szene NRW, in der entwicklungspolitischen

Bildungsarbeit und darüber hinaus eine ganz enorme Bedeutung habe. Daher sei es auch im Interesse seiner Fraktion, dass diese Kürzungen nicht dazu führen würden, dass hier Kompetenzen verlorengehen, dass hier Personal verlorengehe. Seine Fraktion werde sich in den anstehenden Beratungen dafür einsetzen, dass hier noch Veränderungen möglich seien.

Frau Blask habe schon kurz darauf hingewiesen, dass man da auf einem guten Wege sei. Den werde die Koalition fortsetzen, sodass man in dem Bereich im Rahmen der Notwendigkeiten weiterhin gut arbeiten könne und das Engagement der Landesregierung und des Parlaments im Bereich Europa, Internationales, Eine Welt so fortführen werde wie in den vergangenen Jahren auch.

Dr. Hartmut Beucker (AfD) führt aus, angesichts der aktuellen Finanzierungsprobleme sei anzuerkennen, dass die Haushaltsansätze für den Bereich Europa und Internationales geringer ausfielen als im Vorjahr. Die Einsparungen erschienen seiner Fraktion als nicht ausreichend. NRW habe Bezüge zur Welt. Wenn man aber auf den Umfang der NRW-Aktivitäten und die Kompetenzen des Grundgesetzes schaue, erscheine die sogenannte Außenpolitik der Landesregierung doch eher als teures Hobby. Das, was an Aktivitäten in Bezug auf die EU geplant sei, beurteile die AfD als Propaganda. Eine Institution, der man meine, so beispringen zu müssen, benötige eher gut gemeinte Kritik als solche Beweihräucherung.

Einen zu großen Raum nehme auch die Förderung von NGOs ein. Die Frage sei, bis zu welcher Höhe einer Förderung durch die Regierung überhaupt noch eine Nicht-Regierungsorganisation vorliege. Für NGOs sollte der Steuerzahler gerade nicht in Anspruch genommen werden.

Seine Fraktion mahne eine umfassende Aufgabenkritik an. Das beziehe sich sowohl auf das Ob der Förderung als auch auf die jeweilige Höhe. Daher lehne seine Fraktion den Haushalt ebenso wie die Änderungsanträge der SPD ab.

Dr. Werner Pfeil (FDP) hält fest, auf der einen Seite sehe er, dass der Haushalt, der jetzt vorgelegt werde, eine Fortführung der Politik, auch der Finanzpolitik der letzten Jahre im Europaausschuss darstelle, was er sehr begrüße.

Auf der anderen Seite: Wenn er die Diskussion mit den Euregios eben aufmerksam verfolgt habe, dann gebe es mit Sicherheit immer den einen oder anderen Wunsch, wo man etwas verbessern könnte, wobei er allerdings konstatieren müsse, dass man, wenn es die haushalterischen Maßnahmen nicht zuließen, Prioritäten setzen müsse.

Seine Fraktion halte Änderungen im Einzelplan 02 für geboten, habe aber noch keine Anträge eingereicht. Bei der Abstimmung über den Haushalt werde sich seine Fraktion enthalten.

Romina Plonsker (CDU) schickt voraus, Herr Dr. Kaiser habe bereits gesagt, dass man sich in einem schwierigen Umfeld bewege. Da seien zu nennen: die hohen Inflationsraten, der russische Angriffskrieg, die daraus folgend stark gestiegenen Energie-

preise und auch die hohen Flüchtlingszahlen, die das Land umtrieben und finanziell belasteten.

Man habe in den letzten Jahren einen enormen Aufwuchs in den Bereichen, die diesen Ausschuss hier betreffen, erzielen können. Man müsse sich jetzt an diese Rahmenbedingungen anpassen. Deshalb teile sie die Aussage, man könne immer mehr, immer höher, immer weiter. Keine Organisation würde sich verweigern, mehr Geld für die Aktivitäten zu bekommen. Aber die vielen Akteure, mit denen sie spreche und in Kontakt sei, verstünden auch, dass es ein schwieriges Umfeld sei, in dem man sich bewegen. Deshalb sei sie erst mal den Mittelempfängern aus dem Landeshaushalt dankbar, dass sie sich den Rahmenbedingungen so anpassten – anpassen müssten, aber auch sehr kollegial damit umgingen.

Die Koalition wolle Prioritäten setzen. Das habe der Minister in seiner Einbringungsrede verdeutlicht. Der Koalition, besonders auch der CDU-Fraktion sei sieben Monate vor der Europawahl wichtig, sich mit der Europawahl zu beschäftigen. Sie sei glücklich, dass man sich von einer Fraktion hier im Haus abgrenze. Die Koalitionsfraktionen legten einen Schwerpunkt auf europapolitische Bildungsarbeit und nähmen auch junge und bildungsferne Bevölkerungsschichten in den Blick: „Denn Europa ist Demokratie, Europa ist unsere Zukunft.“

Der Minister habe heute eine Pressemitteilung zu den Europa-Schecks herausgeschickt, wobei die Koalition sehr stolz sei, dass sie an den Start gingen, dass das auch weitergeführt werde. Die Europaschulen und Europaprofilschulen würden gestärkt. Das hätten die Euregios auch noch mal betont.

Mit Blick auf die zwei großen Kriege in der Nachbarschaft bzw. bei Freunden werde NRW die Ukraine und die Partnerregion Dnipropetrowsk unterstützen, aber auch – man habe es gerade von Dr. Yaron gehört – die engen Beziehungen zu Israel stärken. Sie finde, das sei unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen wirklich ein sehr guter Haushalt.

Zu den Änderungsanträgen der SPD habe Herr Dr. Kaiser schon vieles gesagt. 11,4 % Steigerung in dem Haushalt einzufordern, könne man machen, natürlich. Das halte sie aber an der Stelle für nicht zielführend. Programme seien angepasst worden auf den Ist-Zustand, das habe man den Anfragen entnehmen können. Zur Unterstützung der Promotoren habe Dr. Kaiser das gesagt, was sie auch sagen würde. Ihre Fraktion finde den Haushalt sehr gut, so wie er aufgestellt worden sei, unterstütze ihn an der Stelle und lehne die Änderungsanträge der SPD ab.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) geht zunächst auf die Fragestellungen von Frau Blask ein. Die anderen Fraktionen hätten kommentiert, wofür er auch dankbar sei, was er natürlich auch aufgenommen habe.

Zu den Promotoren: Er habe die Wertschätzung der Landesregierung für die Arbeit der Promotoren hier schon zum Ausdruck gebracht. Sie hätten auch den Ausschuss besucht. Wenn man die Promotoren oder das Eine-Welt-Netzwerk selber frage, würden sie das auch bestätigen. So zumindest werde es ihm gespiegelt. Man pflege einen sehr intensiven Austausch. Er sehe es auch so, dass das gerade in solchen Zeiten wichtig sei.

Nichtsdestotrotz müsse man die Schwerpunktsetzungen auf Kinder und Jugendliche, die er bei der Einbringung des Haushalts auch angeführt habe, in den anderen Haushalten entsprechend abbilden. Er glaube, dass das in dem Bereich der Eine-Welt-Arbeit nur sehr verhältnismäßig – in Führungszeichen – eingeschlagen sei, alldieweil es über die letzten Jahre einen steigenden Pfad gegeben habe. Aber trotzdem wisse er von Überlegungen in den Regierungsfraktionen, darauf einzugehen und hier mittels Verschiebungen die Verzerrungen mit Blick auf Personal im Bereich der Promotoren zu verhindern. Das sei am Ende aber, weil das Verfahren jetzt im Hohen Haus liege, Sache der Fraktionen. Er sei aber dankbar für die Bemühungen.

Seinerseits habe er am letzten Montag einen Austausch mit Promotoren aus ganz Nordrhein-Westfalen gehabt, die sich in Köln getroffen hätten. Dort habe er von diesen Bemühungen berichtet, was mit Freude aufgenommen worden sei. Am Ende sei es aber jetzt die Entscheidung des Parlaments. Das Ministerium stelle dafür jegliche Informationen und Fachantworten zur Verfügung, um das zu ermöglichen.

Alles in allem gehe es auch darum, mittelfristig in den nächsten Jahren die Arbeit weiter zu erhalten. Das sei das, was ihm von Anfang an im Austausch mit dem Eine-Welt-Netzwerk gespiegelt worden ist: Planungssicherheit und eine Perspektive für die Arbeit, damit nicht ein Großteil der Bemühungen und der Kraft erst mal darauf verwendet werde, die eigene Struktur aufrechtzuerhalten. Es sollte, glaube er, alle auch verbinden, dass man ein Interesse daran habe, dass hier die Facharbeit im Mittelpunkt stehen müsse. Dementsprechend wolle man diese Planungssicherheit herstellen. Das zum Thema „Promotoren“.

Dann zum Thema „Europawahlbemühungen“. Da sei es so, dass man zum Einen mit dem bewährten Instrument der EUROPE DIRECT-Förderungen arbeiten wolle. Die Projekte seien entsprechend unterwegs. Er werde übernächsten Montag ganz gezielt nach Duisburg fahren, weil Duisburg die Kommune gewesen sei, in der die Wahlbeteiligung bei der letzten Europawahl am niedrigsten in Nordrhein-Westfalen gewesen sei. Er werde dort an einer Schule für die Beteiligung an der Europawahl werben.

Nun könne man bei der nächsten Europawahl mit 16 wählen. Deswegen müssten sich alle darum bemühen, dass die jungen Menschen wüssten, welches wertvolle Recht sie da hätten. Er habe von den fünf EUROPE DIRECT-Projekten dieses ausgesucht, um selber mitzuwirken und im Austausch mit den Schülerinnen und Schülern dafür zu werben. Das sei ein Baustein in den Bemühungen rund um die Europawahl.

Ein weiterer sei das, was der Landtag mit der Zurverfügungstellung des Budgets für die Landesinitiative „Europa-Schecks“ ermöglicht habe, was in diesen Tagen nach intensiver Vorbereitung an den Start gegangen sei. Man habe versucht, die Antragsverfahren – wie beabsichtigt – so schlank, unkompliziert und niedrigschwellig wie möglich zu halten. Man sei froh, die jetzt auch entsprechend publizieren zu können. Es werde einen ersten Testlauf in diesem Jahr geben. Er glaube, dass das dann im nächsten Jahr mit den Erfahrungen aus diesem ersten Durchgang weiter ausgerollt werden könne.

Hier sei es so, dass Initiativen vielfach davon profitieren könnten, die die Europawahl und die Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger für diese Wahl im Blick hätten – nicht parteipolitisch, sondern im Sinne der fachlichen Bemühungen, dafür zu werben.

Dann gebe es natürlich auch Anstrengungen der Landesvertretung. Das Personal der Landesvertretung sei sehr engagiert, was mit Blick auf die Europawahl erfreulich sei. Es sei geplant, gemeinsam mit dem Rad durch die Wahlkreise zu fahren. Es gebe die Bemühungen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihre Heimatorte zurückkehren und in Schulen dafür werben wollten, sich für Europa zu beteiligen. Das sei natürlich am Ende immer nur punktuell. Das sei ihm schon klar. Aber immerhin: Es schaffe eine Sichtbarkeit des Engagements. Insofern sei es auch hier so, dass der Fokus dieser Radtour in die Wahlkreise auf die Wahlkreise gelegt werde, in denen die Wahlbeteiligung beim letzten Mal am niedrigsten gewesen sei.

Er glaube, das sei wirklich etwas, was sich alle vornehmen müssten, nämlich aus der Komfortzone herauszukommen. Es sei ein Leichtes, mit der Europa-Union und anderen Institutionen zusammen eine gemütliche Veranstaltung in der Staatskanzlei zu machen. Da kriege er jeden Raum voll. Aber das sei dann „Preaching to the Saved“. Das sei nicht das, was man an der Stelle brauche, sondern man müsse da hingehen, wo Europa auch durchaus umstritten sei. Das zu den Europawahlbemühungen.

Fernab davon sei auch die Landeszentrale eine Institution, die da aktiv werden werde. Das werde aus der Staatskanzlei fachlich begleitet. Aber die klassische Wahlaufufkampagne der Landesregierung erfolge dann jenseits der Staatskanzlei durch die Landeszentrale für politische Bildung. Er glaube, das sei auch eine Tradition, die man fortsetzen sollte.

Dann komme er zum Thema „NRW-USA-Jahr“. Hier sei es so, dass nach einem etwas schleppenden Start, zugegebenermaßen, mittlerweile die Ressorts, wie er finde, in einem guten Geist mit anpackten. Er habe über den Sommer selber schon die eine oder andere Veranstaltung gehabt. Es gebe eine große Bandbreite und Vielfalt der Veranstaltungen, die im Kontext der Verstärkung der Beziehung zu den USA stünden. Ein Flaggschiff dabei werde wohl sein, dass die nächste CHIO in Aachen mit dem Partnerland USA stattfinden werde. Das sei leichter gesagt als getan, denn damit seien große Delegationen verbunden. Das sei natürlich auch alles nicht ganz einfach.

Man müsse übrigens dazu wissen – das sei seine Erfahrung aus dieser Werbetour gewesen, die man gemacht habe –: Die USA seien sich an vielen Stellen selbst genug. Was er damit sagen wolle: Wenn man zum Beispiel versuchen wolle, die USA zum Partnerland der Gamescom zu machen, dann gebe es in Washington D.C. genug Lobbyisten, die sehr genau darauf achteten, ob die Regierung sich dafür hergebe oder ob es nicht doch eine Veranstaltung in den USA gebe, für die es viel besser wäre, wenn da entsprechende Regierungsvertreter seien. Man wolle gar nicht erst den Eindruck erwecken, irgendwas anderes auf der Welt sei an der Stelle ähnlich toll.

Er sage das deshalb, weil ihm das jetzt mehrfach begegnet sei. Und deswegen sei es beim CHIO – es gebe auch in den USA tolle Pferdeveranstaltungen – alles nicht so selbstverständlich, wie man das hier vielleicht manchmal denke. Für NRW seien das natürlich große Flaggschiffveranstaltungen. Aus Sicht der USA sei es immer Provinz. Das sei insofern nicht zu unterschätzen.

Man werde auch im Bereich Film Festival Cologne und Berlinale einen USA-Schwerpunkt setzen. Die Landesvertretung werde diverse Veranstaltungsformate mit der

Botschafterin machen. Einige hätten auch schon stattgefunden, mit Anne-Marie Slaughter zum Beispiel kürzlich. Das MWIKE lege bei verschiedenen Messen einen Schwerpunkt auf das NRW-USA-Jahr. Im Schulministerium spiele das NRW-USA-Jahr eine Rolle. Es werde den Lehrkräften, den Schülerinnen und Schülern nahegebracht bis hin zu geschichtlichen Projekten rund um die „I have a dream“-Rede von Martin Luther King.

Das seien alles nur Beispiele. Er wolle das auch dadurch befeuern, dass er in Kürze gemeinsam mit der US-Generalkonsulin in die USA reisen werde, dort zum einen als Medienminister an den International Emmy Awards teilnehme und zum Zweiten auch Termine in dem Schwesterstaat Pennsylvania wahrnehme, auch in New Jersey mit Phil Murphy, wo er für das NRW-USA-Jahr werben wolle. Man müsse darauf achten, dass dieses Jahr nicht nur in Nordrhein-Westfalen stattfinde, sondern auch jenseits des großen Teichs in den USA wahrgenommen werde. Dazu sei er auch mit der Botschaft im Austausch im Wissen darum, dass Nordrhein-Westfalen aus amerikanischer Perspektive ein kleines Fleckchen Erde sei.

Aber es gebe viele Anknüpfungspunkte und viele Unternehmen, Verbände, Institutionen, Kulturinstitutionen, die sehr genau wüssten, was für ein besonderes Fleckchen Erde Nordrhein-Westfalen sei, und die sich deshalb sehr darum bemühten, dass bei ihnen auch das NRW-USA-Jahr stattfinde. Das vielleicht dazu. Er würde vorschlagen, dass er im Rahmen des dann anstehenden Berichts zur Reise in die USA den Sachstand zum Thema NRW-USA-Jahr im Ausschuss wiedergebe. Das würde sich anbieten. Dann hätte er eine ganze Menge beisammen und könne einen besseren Überblick geben. Das dazu.

Dann komme er zum Thema „Interrail-Ticket“. Er stimme zu: Mehr davon wäre schön, weil gerade die Perspektive auf die Auszubildenden auch seinem Vorgänger Stephan Holthoff-Pförtner sehr am Herzen gelegen habe, die er gerne übernommen habe. Es sei allerdings ein kostenintensives Programm. Insofern seien die Zahlen am Ende überschaubar. Umso wichtiger sei es, dass mit dem anderen Programm „Europa – Erleben und Lernen“ auch über Praktika eine Europaerfahrung ermöglicht werde. Dafür sei es notwendig, vor allen Dingen mit mittelständischen Unternehmen zu arbeiten. Wenn die Abgeordneten da entsprechende Interessenten hätten, sei man immer dankbar für Hinweise, weil es darum gehe, mit den EU-Jugendbotschaftern die Haupt- und Realschulen zu erreichen, mit dem Interrail-Programm die Auszubildenden, mit dem Praktika-Programm letztendlich beide Zielgruppen. Es gebe im Bereich Studierende mit Erasmus und Co. genug. Das Land müsse sich, glaube er, vor allen Dingen auf diese ersten beiden Zielgruppen konzentrieren, um da ein persönliches Europaerlebnis realisieren zu können. Das vielleicht als Antworten seinerseits.

Vorsitzender Stefan Engstfeld bedankt sich beim Minister. – Weitere Wortmeldungen zum Haushalt sehe er nicht.

Er habe noch eine Frage an die Landesregierung. Eben sei das Thema „Europa-Schecks“ angesprochen worden. Gestern habe es eine Pressemitteilung dazu gegeben. Er glaube, das Projekt sei jetzt online gegangen. Vielleicht könne der Minister kurz berichten, was da genau online gegangen sei.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) erwidert, im Ausschuss habe er angekündigt, dass man sich vor allem darum bemühen wolle, nicht nur weiteres Geld auszuloben, sondern das Verfahren auch deutlich zu vereinfachen. Entsprechende Informationen seien an alle Obleute geschickt worden. Jetzt sei er gerade unsicher, weil der Vorsitzende gefragt habe und ihn verwirrt habe. In dieser Information seien die wesentlichen Punkte dargestellt worden.

Jetzt gebe es ein Antragsverfahren, das wirklich dem Anspruch gerecht werde. Das sei mühsam gewesen. Man habe darauf geachtet, dass es effizient organisiert sei. Mit der Bezirksregierung Münster sei man in engem Austausch gewesen, sei das digitale Verfahren mit denen einzeln durchgegangen, Schritt für Schritt, um zu gewährleisten, dass es auch tatsächlich schnell gehe.

Trotzdem sei er der Meinung, dass man in einem ersten Probedurchlauf Erfahrungen sammeln sollte, ob jetzt tatsächlich alles so funktioniere, wie man sich das vorstelle. Er glaube das. Das sei der Grund, warum diese erste Antragsfrist sehr kurz sei. Das liege aber daran, dass den vielen, die Interesse angemeldet hätten, gesagt worden sei, dass es bald komme, dass sie den Antrag vorbereiten könnten. Dann könnten sie sich in der kurzen Zeit auch bewerben. Deswegen gehe er davon aus, dass man zum 15. November auch eine Menge Bewerbungen haben werde. Dann gebe es also einen ersten Durchgang, und der nächste wäre dann zum 01.01. wieder, sodass man dann wieder etwas mehr Zeit habe.

Insofern: Gerne bewerben. Das sei der Grund, warum er das Faktenblatt geschickt habe. Das sei etwas, womit sich die Mitglieder des Ausschusses an die entsprechenden Zielgruppen wenden können. Das sei jetzt dafür da, um in der Landschaft die Strukturen zu unterstützen.

Vorsitzender Stefan Engstfeld bedankt sich für die Antwort. Bei dem Faktenblatt habe es noch keinen Online-Zugang gegeben. Deswegen sei direkt die Frage gekommen, wo man das beantragen könne. Das sei jetzt geklärt. So habe er gestern auch die Pressemitteilung des Landes wahrgenommen, in der der Link drin sei. Er rege an, den Link nochmal an alle zu schicken.

Der Ausschuss stimmt über die Änderungsanträge der SPD-Fraktion zu Einzelplan 02 ab. Die Änderungsanträge sowie die Abstimmungsergebnisse sind Vorlage 18/1910 zu entnehmen.

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 02 – Zuständigkeit des Ausschusses – in nicht geänderter Form mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion zu.

Vorsitzender Stefan Engstfeld gibt zu bedenken, dass der Ausschuss bis 13.00 Uhr tagen werde. Jetzt stünden noch neun weitere Punkte auf der Tagesordnung, wobei

TOP 4 eine reine Verfahrensabsprache sei. Die restlichen Punkte seien schriftliche Berichte bis auf den Reisebericht Ungarn. Die Berichtsanfragen seien zur Hälfte von der SPD-Fraktion, zur anderen Hälfte von der FDP-Fraktion beantragt worden.

Er rege an, TOP 4, die Verfahrensabsprache, zu machen und die Berichte auf die nächste Sitzung zu schieben.

Inge Blask (SPD) ist mit dem Verfahren einverstanden. Sie weise darauf hin, dass eine Vielzahl der Berichte erst am gestrigen Mittag oder Nachmittag zugestellt worden sei, sodass eine ordentliche Befassung schwierig gewesen sei, sodass man an der Stelle verschieben könne, wobei sie die späte Übermittlung der Berichte deutlich kritisiere.

Dr. Werner Pfeil (FDP) stimmt zu, die Berichte auf die nächste Sitzung zu schieben. Wenn man die Verfahrensabsprache jetzt noch machen könnte, würde er dazu auch noch zwei Sätze sagen wollen.

Vorsitzender Stefan Engstfeld fragt, ob es Widerspruch gegen den Verfahrensvorschlag gebe. – Das sehe er nicht. Dann werde man so verfahren. Er entschuldige sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesregierung. Das Zeitbudget lasse die anderen Tagesordnungspunkte nicht mehr zu.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) gibt an, diesmal seien die Berichte anders als sonst sehr spät gekommen. Das bitte er zu entschuldigen. Teilweise sei dies auf die Menge der Berichte oder andere Dinge zurückzuführen, die gerade dringend seien. Vor dem Hintergrund sei es eine günstige Koinzidenz, wenn man die Berichte beim nächsten Mal behandle.

Romina Plonsker (CDU) regt an, die Viertelstunde tatsächlich zu nutzen. Sie sei seit anderthalb Jahren in diesem Ausschuss und wisse um die Produktivität der an ihrer Seite sitzenden Kolleginnen und Kollegen. Sie würden mit Sicherheit wieder viele Anfragen zum kommenden Ausschuss haben. Deshalb würde sie gerne die Viertelstunde nutzen, mit den Anfragen zumindest anzufangen.

Vorsitzender Stefan Engstfeld erwidert, sein Vorschlag sei gewesen, einen Cut nach TOP 4 zu machen. Der Gegenvorschlag sei, man mache TOP 4 auf jeden Fall, und dann gucken man, wie weit wir kommen. Der Ausschuss könne für sich entscheiden, wie er das handhaben wolle.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD, die restliche Viertelstunde weiter zu beraten.

